



Zageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossen, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Besitzpreis für den Monat ist Haus 2 RM. (halbjährlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (zwei Ausstellungsabfälle) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Al. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Sonderausgabe Nummer 17250 / Postfachnummer Dresden Nr. 13333, am Schlesischen Platz 17250 / Druckerei: Am Dresden Nr. 17250 / Druckerei: "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Montag nachm. 3-5 Uhr (außer Sonntags)

Anzeigenpreis: Die neutral geprägte Anzeigetafel oder deren Raum 0,50 RM., für Namensangebote 0,20 RM., für die Namenszeile entsprechend an den betreffenden Zeitschriften 1,25 RM. Anzeigen-Zusage liegt vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Redaktion Dresden-Al. Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höheres Gewalt befreit sein Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 9. Februar 1926

Nummer 33

Der Dampfbahn-Gandal

Das Eisenbahner-Clan vor dem Reichstag Die KPD fordert Kurarbeiterunterstützung

In der gestrigen Reichstagsitzung beantragte der Genossen zur jetzigen Behandlung eines kommunistischen Gesetzes

nachdem die Kurarbeiter, falls die ausfallende Arbeitszeit ein Schatz und mehr der wollen Arbeitszeit beträgt, für die ausfallende Arbeitszeit Kurarbeiterunterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhalten sollen.

noch dem die Kurarbeiter, falls die ausfallende Arbeitszeit ein Schatz und mehr der wollen Arbeitszeit beträgt, für die ausfallende Arbeitszeit Kurarbeiterunterstützung in Höhe der Erwerbslosenunterstützung erhalten sollen.

Es ist nochmals heftige Kritik an der vollkommen unzureichenden Sicherung der Erwerbslosen- und Kurarbeiterfrage nach der Reichsregierung und den Reichstag. Nach monatlichen Erfolgen der kommunistischen Anträge im Sozialpolitischen Ausschuss hat die Regierung heute angekündigt, daß sie die Regelung der Kurarbeiterfrage keine Gesetzesvorlage einrichten werde, sondern das Problem durch eine Verordnung lösen möge, die in den nächsten Tagen herauszutragen werde. Sie haben nach den schriftstellerischen Handlungen und Anklagungen der Regierung schärfstes und berechtigstes Misstrauen in diese Blüte und werden dieser Regelung keinesfalls vertrauen. Die Anhänger der Regierungsvorsteher im Reichstag haben bereits so viel erkennen lassen, daß die Regierungsvorsteher ungültig bleiben wird.

Reichsjustiz (SPD) schlägt sich der kommunistischen Kritik der Regierung an und kommt endlich zu der Einsicht, daß die Gesinnung der Regierung keinen Tag länger gebuhlt werden kann.

Es wird darauf beschlossen, den kommunistischen Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses zu überwelsen.

Zur Verhandlung steht dann der Ausschussschreiber des Reichsbahnsicherheitsausschusses. Der Ausschuss schlägt eine Entschließung vor, in der die derzeitige Personalpolitik der Reichsbahn genehmigt wird, weil die im Reichstag abgelegten Erklärungen und Zusicherungen nicht eingehalten wurden. Anträge aller Parteien fordern die Reichsregierung auf, ihr die Wahrung der Rechte der Beamten und Arbeiter der Reichsbahn Sorge zu tragen.

Der Beamtenvertreter der SPD, Steinloß, macht als erster Redner triumphale Versuche, die Verhöhrung der Reichsbahn durch den Ausschusss zu rohrtieren.

Der Reichsbahndirektor Krohn erklärt, es sei erstaunlich, daß nach einjährigem Besuch der Reichsbahngesellschaft niemand mehr etwas für sie übrig habe. Er gibt zu, daß in der Reichsbahn "gewisse äußere Formen des Konservatismus" bestehen, die nicht recht mit der Rolle des deutschen Volkes im Einstellung ständen. Im übrigen könne der Reichsbahndirektor infolge der Stellung der Reichsbahn-A.G. nichts machen.

Zur Rede der Deutschen Nationalen Hoch-Düsseldorf wie der damaligen Beamtenvertreter Groß wettern darum ebenfalls in der härtesten Weise gegen die ungeheuerlichen Mißstände in der Reichsbahn.

Die Schuld der Dawesparteien

Zu einer gründlichen Abrechnung mit den Schuldigen am Dawesstandort nimmt dann das Wort

Genosse Schüh

Er erinnert daran, daß im August 1924 alle Parteien außer den Kommunisten eine wesentlich andere Stellung als heute eingenommen hätten. Der sozialdemokratische Redner Schumann erklärte damals, nach einer Schimpfanade gegen die Kommunisten, "noch etwas geeignet sei, mit den neugeschaffenen Zuländern auszuhelfen, so ist es der Zustand, daß durch die neue Regierung die Stimmabstimmung ein für allemal zur Unmöglichkeit geworden sei". Heute dagegen hat der sozialdemokratische Redner Steinloß zugaben müssen, daß es bei Stimmen auch viele Schlimmer hätte kommen können. Und auch der deutschnationale Redner Schmidt-Stettin, der damals sprach, erklärte: "Wir alle hoffen und wünschen, daß die Juungen, die das Reichsverkehrsministerium gegeben haben, auch von der Reichsbahn A.G. geholt werden, und wir werden im Reichstag unbedingt dafür sorgen, daß das geschieht."

Sondern muß sich die SPD, das ins Stammbuch schreiben, das 1924 Häßlerding in einer Polemik gegen die Kommunisten ausführte: "Die Abdichtung eines Pfandes an das Ausland bedeutet zugleich eine Kontrolle des Pfandes und keinen Verfall bei einer Nichterfüllung des Vertrags." Wenn es nach diesen Worten ginge, müßte die Eisenbahn schon längst wieder Reichsvermögen sein. Ein letztes Beispiel: der Sozialdemokrat Schumann legte seinerzeit, daß die Kommunisten zur Abrogation des Dawesabkommen die Eisenbahn Anteile gestellt hätten, die kein kommunistischer Mensch für ernst nehmen könnte.

Alle Wörterungen der Kommunisten hat man seltsam als Sorge und Agitation bezeichnet. Marx und Engelsmann haben hierfür verstanden, daß alle Sicherungen getroffen seien, um die deutschen Interessen gegenüber der Reichsbahngesellschaft zu

Feme und Gemeinfits

In Deutschland, unserem geliebten Vaterland, das im Jahre 1918 mit der sogenannten "Novemberrevolution" den besten Witz gespielt hat, der je in der Weltgeschichte gemacht wurde, gibt es drei Taten, die uns die ganze Welt nicht nachmachen kann: Erstens bekanntlich den preußischen Leutnant, zweitens den preußischen Bürokraten und drittens den deutschen Untertanen. Diese drei Taten erhalten eine glänzende Illustration durch den Freistaat, der neben dem Fürstenland in den letzten Wochen das innere Leben der sogenannten deutschen Republik mit der erschütternden Ironie der Wahrheit kennzeichnete. Wir fragen: Welche Nation macht uns den Oberleutnant Schulz und den Freiherrn v. Soden nach? Wo in aller Welt kann noch die wahre Gerechtigkeit besser verdeckt werden, als in der ehrfürchtigsteckenden Gestalt des Herrn Landgerichtsdirektors Bombe? Welcher Kanal- und Botschaftsklasse, welche Nation servistischer Domänen kann eine strahlendste Erscheinung reizhaften Unternehmens predizieren, wie Herr Goetz, für den wir allen Ernstes am heiter seines kommenden 25. Ministeriums den Ehrennamen vorstellen: Der ewige Dämonische?

Lassen wir noch einmal die Tatsachen sprechen! Deutsche Tatsachen wirken durch die ihnen innenwohnende Tragödie besser als die beste Ironie.

1924: Die deutsche Republik scheint auf dem letzten Stock zu stehn. Die Bourgeoisie hat die Arbeiterschaft so lange gezwungen und mißhandelt, bis schließlich auch dem deutschen Arbeiter die Geduld ausgegangen droht. Hugs entfindet die Generale des Reichswehrministeriums für alle Fälle — man kann nicht wissen, ob die Arbeiter nicht vielleicht doch loschlagen — eine glänzende Einrichtung: Die Schwarze Reichswehr! Eine ganze Armee wird in und um Berlin aufgestellt, von deren Existenz zwar jeder weiß, aber niemand reden oder schreiben darf, weil ihm sonst die deutschen Gerichte wegen Landesverrat ins Käfigen bringen. Aus Staatsgeheimen wird dieses Werk der Konterrevolution aufgestellt und besetzt, in einer Zeit, in der Arbeiterschaft und Kleinbürgertum vor Hunger zusammenbrechen. Das Ziel der Schwarzen Reichswehr ist die Errichtung der Militärdiktatur und die Bekämpfung der republikanischen Staatsform in Deutschland. Diese Republik, die befehligt werden soll, gewährt ihren Tochtern Gruben die Mittel zur Bekämpfung.

Im allgemeinen weiß jeder Angehörige der Schwarzen Reichswehr, worum es geht. Man soll nicht nachträglich glauben, daß die Galgenwälder aus ganz Deutschland, die sich hier sammeln, etwa ernsthaft auch nur zum Freisten Teil geglaubt hätten, es handelt sich darum, die sogenannte Republik zu verteidigen. Trotzdem war es klar, daß in einer so großen Organisation auch hic und da sich einer finden könnte, dem das Gewissen schlug, oder dem die Sache zu brenzig wurde. Solche "Verräter" mußten natürlich unerbittlich gemacht werden. Die wahnsinnige deutsche, aus dem Mittelalter übernommene Einrichtung, mit der man derartige Elemente zum Schweigen brachte, war bekanntlich die Feme.

Hente, nach fast drei Jahren, kann man noch immer nicht sagen, wieviel Menschenleben die Feme auf dem Gewissen hat. Regierung, Justiz, und bis vor kurzer Zeit auch die bürgerliche Presse haben vereint mit den Polizeiorganen alles getan, um diesen größten Mordstandort der letzten Jahrhunderte totzuhalten. Wahrscheinlich sind Hunderte in den Lagern und Forts um Berlin auf schändliche und grausame Weise von den in der Feme zusammengeflohenen berufsmäßigen Mordern stumm gemordet worden.

Beregelmäßig wies die kommunistische Presse jahrelang allein auf diese Vorgänge hin. Erst als durch den Jetzall der völkischen Bewegung frühere Helfershelfer der Feme lebhaft mit Entschließungen auftauchten, und als es noch und noch die inzwischen bekanntgewordenen furchtbaren Einzelheiten der Mordeien die Öffentlichkeit aufpeitschten, da konnte der Standort nicht länger zugedeckt werden.

Im gleichen Augenblick begann aber der neue Standort. Sollte es jetzt wäre es die Pflicht der Behörden gewesen, den ganzen Komplex der Fragen, die mit der Schwarzen Reichswehr zusammenhängen, aufzulösen. Die Behörden hatten ja in solchen Dingen Übung. Wenn irgendwo in Kreisjäraue oder in Bregenzerwald bei einem Arbeitnehmer ein terroristisches Gewebe aus der Schwedenzeit gefunden wurde, so wurde Hugs daraus ein Prozeß gegen das jeweilige Zentralkomitee der Kommunistischen Partei wegen Vorbereitung des Hochverrats zur gewaltsamen Aenderung der Verfassung gemacht. Seit drei Jahren arbeitet ein ganzer Gerichtshof, der sich dralligerweise "Sozialgerichtshof zum Schutz der Republik" nennt, an der Aufdeckung eines kommunistischen Komplotts gegen die gesamte deutsche Kultur. Ebenso lange bestreitet sich Herr Landgerichtsdirektor Vogt, der Teufelstor unter der Leitung der Ausdehnung aus der spätwestfälischen Zusammenhänge zwischen der verstoßenen Schwedenliste in Kreisjäraue und dem Kommunistischen Zentralkomitee in Berlin. Wenn

Die KPD sabotiert die Fürsteneigentum

Aus der Praxis der Sozialdemokratie

Außenseiter des K. d. A. liegt in Nürnberg die Letztergruppe des Reichsbundes der Arbeiterbeschädigten. In der Versammlung stellte Genosse Tatz den Antrag, die Delegierten zur Gauleiterkonferenz sollten auf dieser die Beteiligung des Bundes an dem Kampf für die Fürsteneigentum vertreten.

Der Antrag wurde von der Zeitung der Gruppe, die zu einem breitwiegenden Teil aus Sozialdemokraten besteht, mit allen Mitteln bekämpft und zu Null gebracht. Der Reichsbund der Arbeiterbeschädigten hat sich dezent auf den Boden des Kompromissgeistes gestellt. In Nürnberg hielten die Sozialdemokraten diese arbeitsteilende, klantenfreudliche Stellung verteidigt.

Der ADGB. 1.2.26.

Beteiligung am Volksentscheid

Berlin, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesantrag des ADGB, unter dem Vorz. von Brätmann beschäftigte sich gestern mit der Durchführung des Volksbegehrens und des Volksentscheids. In einer Resolution billigt der Bundesantrag die Vermittlungslösung des Bundesvorstandes, betont aber, daß es sich bei einer Volksabstimmung um eine politische Angelegenheit handle, deren Führung den politischen Parteien obliege. In der Resolution werden alle Verbände und Gewerkschaftsmitglieder angefordert, "alle Kräfte mit einzugehen, um dem Volksbegehr und gegebenenfalls (...) dem Volksentscheid zu einem eindringlichen Erfolg zu verhelfen." Der Antrag empfiehlt für die Aufwertung der Mittel die Einleitung von Sammlungen; die Beteiligung an solchen Sammlungen wird allen Gewerkschaftsmitgliedern zur Pflicht gemacht.

Einen Renegaten abgeschüttelt

Wann folgen die anderen?

Die sozialdemokratische Presse meldet, daß der in der höchsten Sozialdemokratie bekannte Robert Alberti, Direktor der sächsischen Werke in der Sitzung des Bezirksvorstandes der SPD am 4. Februar aus der Partei ausgeschlossen wurde. Der ausdrücklich dieses Renegaten erfolgte in einem Schiedsgericht, zu dem der Parteivorstand als unparteiischen Vorstehenden den Abgeordneten Laubach ernannt hatte. Als Beisitzer für die Begegnungsorganisation waren die Reichstagsabgeordneten Toni Senzel und Schmitz und der Abgeordnete Rente gekürt. Robert Alberti hatte zu seiner Rehabilitierung drei ihm würdige Vertreter bestellt, nämlich den "Genossen" Professor Max Schippel, Regierungsrat Heinrich Brand und Regierungsrat Pannschuh. Das Schiedsgericht setzte mit 4 gegen 3 Stimmen den Entschluß, den Robert Alberti aus der Partei zu schützen. Der Ausschuß, der zum Ausschluß Albertis führte, ist bekannt. Allerdings bestand eine Sondersitzung: Was die Arbeiter über das geschlossene Abkommen und über den Achtstundentag nicht erkannten? Dass er sich ganz entschieden gegen die Einführung des Achtstundentages aussprach und so in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat und Direktor der Sächsischen Werke im Unternehmenswertvolles Material in ihrem Kampfe gegen den Achtstundentag geleistet hatte. Bezeichnend ist es, daß bei dem Ausschluß die drei von Alberti bestellten Beisitzer sich mit den sozialdemokratischen und damit seine Propaganda gegen den Achtstundentag befreit hatten. Das ist nicht verwunderlich, wenn man weiß, daß bereits früher der berüchtigte Schippel ebenfalls den Unternehmern Material gegen den Achtstundentag geliefert und auch Brand und Pannschuh, die beide heute noch Regierungsräte der Koalitionsregierung sind, bei jeder Gelegenheit als Verteidiger in ihren Schiedsgerichten über die Arbeitszeit für auf Seite des Unternehmers stellten. Mit dem Ausschluß Albertis ist die SPD in Sachsen endlich einen dauernd berüchtigten Vertreter abgeschüttelt. Wann werden die SPD-Arbeiter dazu überredet, auch die übrigen Renegaten hinauszusperren? Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich nicht mit dem Ausschluß Alberti, der nicht schlechter ist als die übrige corrupte Führung der rechten Führer, zufriedengeben. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen ganze Arbeit machen und diese Gefahr nicht hoffnun können, wohin sie gehört.

Max Müller und seine Ordnungsschlüsse

Nach einem Bericht des "Dresdner Anzeigers" steht am vergangenen Freitag der Verein Sächsischer Polizeioffiziere, jene rechtsextreme Organisation der Polizeiöffenlichen der sächsischen Landesregierung, eine Tagung ab, an der, wie berichtet wird, auch Max Müller und der Dresdner Polizeipräsident Kühn teilnahmen. Der Vorsitzende dieser Vereinigung sächsischer Polizeioffiziere, Erich Trübbeck, der unter den Polizeimannschaften bekannt ist als einer der Haupttreiber zur Militarisierung der sächsischen Polizei, betonte in seinem Referat, daß der Staat keinen Nutzen habe zu irgendwelchem Mißbrauen in der unbedeutenden (1) und überzähligen (2) Einstellung der Polizeioffiziere am Stand. Sie mit Besuchsgewalt ausgestatteten Hölle von Sitz und Ordnung seien sich ihrer Wirkung voll bewusst. Trübbeck Polizei ist, daß die sächsische Regierung für die Polizeiöffenlichkeit außerordentlich viel getan habe. Allerdings sei noch eine bessere Polizeimöglichkeit und -Bebildung zu wünschen. Ein anderer Wunsch sei eine bessere Kennzeichnung der Polizeioffiziere in der Uniform. Angeblich gäbe es viele Verluste, daß ihre bisherige Uniform sich noch nicht genügend von der gewöhnlichen Polizei unterscheide. Da der Ausdruck, der sich an das Rittertum Trübbeck's anschließt, doch tatsächlich der Kommandeur Müller für die treuen Dienste dieser Polizeioffiziere und betonte, daß er es begrüßen würde, wenn die Polizeioffiziere, die so stark berufen seien, Staatsanwälte zu erfüllen, (1) hoch in der politischen Betätigung möglich zu beobachten.

Ein offenes Wort!

Die Kirchgemeinden Dresdens sind aufgrund der raspid mit sich erhebenden Kirchenaustrittsbewegung zur Herausstellung der Statuten für den zweiten Termi 1926 um 14 Prozent gesunken. Das gibt dem Superintendenten Kölisch eine Konstituierung, unter der Oberkircheit "Ein offenes Wort" im "Dresdner Anzeiger" vom 7. dieses Monats eine Wichtige Losung. In dieser kommt die ganze Angst der Kirche und der Konzession, ihre Furcht vor der wachsenden Austrittsbewegung zum Ausdruck. Wehmächtig muß er feststellen, daß der Kirche nicht nur Tautende, sondern Jähnschneide verloren gingen. Die Schule liegt in der sogenannten Wirkung der schwelenden Bewegung, die nach dem Geleg der Lawine alles mit sich fortzieht, von Romantik und Unfall am Wege steht. Mit diesen Worten gibt endlich der Vertreter der Kirche zu, daß die Kraft der Kirchenbewegung einen höheren sozialen Inhalt behält, als die alten, überlebten Dogmen der Kirche. Wie anders könnte sonst eine Bewegung eine solche von ihm selbst anerkannte Kraft erlangen? Die Arbeiter müssen daraus endlich lernen, ihre Kraft noch nicht weigern und dem letzten Arbeitengenosse klarmachen, daß die zeitige Verteilung Vorbedingung für die kulturelle Hebung der Arbeiterschaft ist. Sezt alles ein, damit Königlich das soziale Motiv über die Verluste hunderttausender jammern möglt.

Die Reichsbahnhverwaltung im Spiegel bürgerlicher "Kritik"

(Von einem Arbeitsscorrespondenten.)

Ein großer Teil der bürgerlichen Presse eröffnet eine heftige Kritik gegen das verschwendende Gebahren der Reichsbahnbehörde. Unter ihnen wir als Arbeitnehmer der Reichsbahnbehörde die Verhältnisse, so kann man vollständig dieser Kritik stimmen. Aber etwas anderes ist es doch, wenn von hintermännern bestimmter bürgerlicher Parteien ein derartiger Ton erwartet wird, weil sie zufällig Augenzeuge eines Zeitalters prominenten Vertreter der Reichsbahnbehörde waren. Wir wollen ganz genau und sind auch bereit, es nachzuweisen, wie man berichtet, mit einem allen, verhinderten Beamtenapparat "sozialistische" und "wissenschaftliche" Betriebsführung machen. Wo der geistige Horizont für wissenschaftliche Betriebsführung zu Ende ist, muss der alte Bürokratismus die Angelegenheit schließen. Die sogenannte Leistungsauslastung, bei der Arbeiterschaft Anteilserzielung genannt, reicht viele Blüten. Die Beamten werden gegenüber zu Rivalen, ein jeder will der wichtigste sein, um die Anerkennung nicht zu verlieren. Hier kann man gut unterscheiden, wer als Mensch zu Mensch handelt und welche Überzeugung sein Amt als Beamter ausübt, denn diese werden zu 90 Prozent keine Brüder erhalten, so gilt der Grundsatz: "Nach oben blicken, nach unten drücken". Bezeichnend für die Handhabung von Gewährung dieser Zulage ist, daß jeder Empfänger jetzt zum Stillschweigen verurteilt wird, damit nichts

Gegen seitiges rücksichtigt wird, weil in der vergangenen Periode die System Gegenstand lebhafter Diskussion und sogar Anfeindungen war. Dieses Kapitel könnte nach dem Tatbestand bei der Reichsbahn sehr langsam geschildert werden, aber das soll einer späteren Zeit besonders vorbehalten sein. jedenfalls wird man mit einem alten, verknüpften aber Beamtenapparat niemals eine wissenschaftliche Betriebsführung durchführen können. Hat man wirklich hier und dort ein Genie, so wird es bald vom großen Staub verschluckt und fängt mit an, im alten Trotz zu gänzen. Werde man den Mut aufbringen, den Alten unter den mittleren und unteren Beamten, dann hilft es um vieles, nichts besser.

Zur Beleuchtung für die Verhältnisse bei der Reichsbahn diene ein Auszug aus der "Deutschen Zeitung" weiter:

Vorteile der Reichsbahnbeamten

U. S. A. ein hohes Landgericht in New York entschieden, daß einer seiner Beamten, ein Ober-Regierungsrat bei der Reichsbahn, täglich auf dem Schreibtisch in seinem Dienstzimmer einen Brief der DBB vorgefunden habe, durch welchen er sofort entzweit wurde, sein Amt bei der Deutschen Bank abzugeben. Er sonnte den Sozialvertrag nicht erfüllen, weil er mit der Deutschen Bank nicht in Verbindung steht, geht aber trotzdem zur Bank und erhält dort, daß ihm von der Deutschen Reichsbahn 4000 Mark überreichen werden kann. Als diese Ergründung des Bundesgerichts angekündigt wurde, veröffentlichte dieser, daß das bei keinerlei Schutz sei, sondern daß er sich für die Wahrheit verbürgen könne.

Sowohl die "Deutsche Zeitung", und es besteht kein Anlaß, an dieser Begebenheit zu zweifeln. Aber wäre es nicht Aufgabe aller im Betriebsgewerbe jungerenden Gewerkschaften, den Kampf mit aller Rückhaltlosigkeit anzunehmen? Beginnen wir selbst, Arbeiter und Beamte, die es angeht und räumen wir auf mit diesen Paradiesen am Volkskörper, isolieren wir eine einheitliche Massenorganisation im Einheitsverband deutscher Gewerkschafter.

Gewerkschaftliches

Das "Neue Testamente" und der ADGB

Auf der Hauptversammlung der Freiburger zeigte ein Delegierter eine Folksliste folgenden Inhalts vor:

Seiten 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 919, 920, 921, 922,

Dresden

Erwerbslosen-„Fürsorge“ in Dresden

Bem. Verwaltungsausschuss des Arbeitsausschusses.

In der letzten Verwaltungsausschlagsitzung des Arbeitsausschusses standen die Anträge bez. der Stadtverordneten (angemessen in der Sitzung am 28. Januar) auf der Tagesordnung. Der Ausschuss hatte folgenden Wortlaut:

Eine Befreiung, bestehend aus einem Ratsmitglied und zwei Sachverständigen, zum sozialen Arbeitsminister zu senden, um denselben zu veranlassen, gemeinsam mit dem Reichsarbeitsminister vorstellig zu werden, daß die Bestimmungen über die Rostitzerarbeiten vom 30. April 1925 dahingehend geändert werden, daß

1. Erwerbslosen nicht als eine Form der Erwerbslosenfürsorge, sondern als freies Arbeitssuchtmittel im Arbeitsrecht angesehen werden,
2. bei Notstandarbeiten auch ausgestellte Erwerbslose befreit werden.

Der Untersuchung des Verwaltungsausschusses folgte durch den Stadtrat Krummiegel Ablehnung dieser Anträge vor. Bezeichnet war die Begründung des Stadtrates Krummiegel, der einleitend bemerkte, daß die Anträge alle initiativische Natur der Stadtverordneten seien, von denen wahrscheinlich jede Woche einer käme. Von dem dort vertretenen Standpunkt seien einziger Arbeitnehmer gegen das Aufrufen des Arbeitsausschusses. Die Meinung der berufenen Vertreter der Dresdner Einwohnerchaft ist diesem zur Hölle aus Gewerkschaftsvertretern und zu anderen Hölle aus Arbeitgebern zusammengehenden Ausdruck völlig gleich. Bei jeder Gelegenheit verschleiße sich die Gesellschaft hinter die gesetzlichen Bestimmungen und bringt das Gedäns zum Ausdruck, daß man nicht weitergehen kann. Hier, wo es sich darum handelt, einen Schritt zu unterschlagen, um die Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen zu erreichen, lehnen sie zulämmen mit den Arbeitgebern ab.

Punkt 2 lautet:

den Erwerbslosen, die außerhalb des inneren Stadtbereichs wohnten, Freifahrt auf der Straßenbahn zur An- und Abmeldung und Abholung der Erwerbslosenunterstützung zu gewähren oder in den Außenbezirken Zuhilfen zu erziehen.

Auch hier hatte der Untersuchung durch Stadtrat Krummiegel Ablehnung vorgeschlagen. Von hörte nun erwarten dürfen, daß zumindestens hier der Stadtrat in seine Schranken zurückgewiesen und der Antrag der Stadtverordneten angenommen hätte, um so mehr, als vorher zwei Gewerkschaftsvertreter die Missstände anerkannt hatten. Aber weit gesieht, auch dieser Antrag wurde nach dem Vorschlag des Untersuchungsausschusses abgelehnt. Selbst ein Bürgerlicher mußte bemerken: Was hört denn dann die Diskussion für einen Wert gehabt? Die Erwerbslosen von Böhmen, Weißer Hirsch, Leuben, Kleinschönau, Dobritz, Siegmar-Kennedy dürfen weiter mit hungrigem Magen und schlecht bekleidet bei dem drostigen Weier Stundenweite laufen, um zu ihren vor Betteljägern zu kommen. Bezeichnend dafür, wie weit die Adeligen glauben, die Arbeiter könnten gerne zu haben, ist der Anpruch des Schuhmachers Heinrich, der seinerzeit die Ablehnung wie folgt begründete: „Ich kann sehr viele Frauen, die ihrem Mann sagen, gehöre doch lieber arbeiten, und wenn es für dasselbe Geld ist, was du an Erwerbslosenunterstützung erhältst, als wenn du dich herumtreibst und in der Kneipe ein Glas Bier nach dem anderen trinkst.“

Derselben Schluß, wie die obengenannten Anträge, darf sie die äbtigen.

1. Endlich alle Missstände, die sich auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge herausgestellt haben, zu beseitigen.
2. Insbesondere Vorkehrungen zu treffen, durch welche eine schnelle Abseitung der Erwerbslosen und Auscher gewährleistet wird.
3. Dafür zu sorgen, daß für die Wartenden Räume bereitgestellt werden, in denen sie bei schlechter Witterung geschützt sind.
4. Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung so zu regeln, daß die Empfänger nicht Stundenlang warten müssen, und dafür zu sorgen, daß die Auszahlungen der Erwerbslosenunterstützung höchstens nachmittags 5 Uhr erfolgen.

Der Untersuchung schlug hier ebenfalls durch Stadtrat Krummiegel Ablehnung dieser Anträge vor. Die Erwerbslosen würden also Sonnabend nach Geschäftsstisch mit ihren Hungerspülungen noch hause gehen und die Gewissheit haben, daß sie dafür nicht einmal mehr etwas kaufen können. Zur Begründung hatte sich der Stadtrat ein Gutachten des Landesamtes, das die Missstände nachdrücklich haben will, herbeigesogen, das nur leichte Lügen wegen enthalten ist.

Unter Verschiedenes zeigte sich ja richtig, zu was der Stadtrat den Ausdruck braucht und benutzt. In der Sitzung, in der die Anträge im Stadtverordnetenkollegium behandelt wurden, was nicht nur von Kommunisten, sondern auch vom Sozialdemokraten Röhl die reaktionäre Einstellung des Deputierten geblendet wurde. Der Stadtrat benutzte die Gelegenheit, um von Angriffen gegen den Verwaltungsausschuss und vom Überstreichen der Stadtverordneten zu sprechen. Er verlangte ein Misstrauensvotum des Verwaltungsausschusses, das ihm gegen diese Angriffe dienen soll. Bezeichnend ist, daß der Gewerkschaftsvertreter Weicker (SPD) sich gegenüber dem Stadtverordneten Röhl so beschwert hat, daß der Stadtrat den Verwaltungsausschuss in der Stadtverordnetenversammlung nicht in Sicher genommen habe. Kein Wunder, daß das Vertrauensvotum von allen Gewerkschaftsvertretern und Arbeitgebern angenommen wurde. Es scheint, daß der Verwaltungsausschuss hier als Kontrollinstanz der Stadtverordneten angesetzt, die Interessen der Erwerbslosen mit Füßen zu treten. Die Stadtverordneten werden darüber noch ein ernstes Wort zu sprechen haben. Vor allem die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden sich angeleget sein lassen müssen, die Tätigkeit der dort vertretenen Gewerkschaftsvertreter härter unter die Lupe zu nehmen.

Höchste Zeit ist es, daß dieser Verwaltungsausschuss in seiner Zusammensetzung verschwindet, und zwar auf dem schnellsten Wege. Denn von einer Beteiligung der Erwerbslosen kann bei diesem Ausschuss nicht gesprochen werden.

Berichtigung verfasster Blätter. Bonn 15. bis mit 19. Februar 1926 kommen vor mittags von 10 Uhr an verdeckte Blätter zur Verhinderung, die im Monat Mai 1925 veröffentlicht worden sind, und zwar am 18. Februar Uhren, Schmuckstücke, goldene und silberne Gegenstände, an den folgenden Tagen Stoffe, Kleidungsstücke, Bekleidung, Schuhe, Westen, Weste, usw. Die Blätter liegen an den Verkaufsstellen, vor mittags von 8 bis 10 Uhr, im Verkaufsstellenraume, Hauptstraße 3, 1. Eingang Rathausgäßchen, zur Ansicht aus.

Neue Polizeistation in Dobritz. Wie das städtische Verkehrsamt mitteilte, wird die seit langem ersehnte Wiedererrichtung einer Polizeistation im Stadtteil Dresden-Dobritz nunmehr geplant werden können. Die neue Polizeistation soll bereits am 15. Februar eröffnet werden.

Für Kraftwagen verboten. Die Kreisbauaufsichtsbehörde Dresden hat in Zusammenhang mit dem Polizeipräsidium den Verkehr mit Kraftwagen auf dem Verbindungswege von der Staatsstraße Dresden nach Radeburg über Willendorf nach Moritzburg über (jetz. Alten Dresdner Straße) unterlaßt.

Vorläufige Neuerungen im Hochwasserschutz. Wegen Bauarbeiten in der Elstermündung in der Nacht vom 8. zum 10. Februar verkehrt die Bahnwagen der Linien 6 und 19 über die Brücke über die Elster, die Nachwagen der Linie 2 durch die Brücke über die Elster.

Verleihenfall. Am Sonnabend früh 7 Uhr fuhr ein auf der falschen Seite und unvorsichtig mit dem Rad fahrendes junges Mädchen iron. Ankers in den zum Ausfahren eingehenden Autobus hinein. Dadurch bog das Rad nach rechts, so daß es zwischen den Sitzen brach und Schuh und Strümpfe rissen, dann der Autobus krachte vom Stehen los und das junge Mädchen im letzten Augenblick vom Rad sprang, kam den beiden ohne ernsthafte Verletzungen davon. Das Rad wurde zerstört.

Minicello. Eine lobenswerte Initiative konnten hier am Freitag abends in sehr merkwürdiger Weise unterhalb der Carolabrücke in die Elbe, konnte aber noch lebend herausgezogen werden. Sie war bewußtlos geworden und mußte der Polizei und Bergungsboot angeführt werden.

Literarischer Abend in der Volksschule.

Sonnabend, den 9. Februar, abends 7,30 Uhr ist eine Veränderung des Programms eingetreten. Von jetzt einem Monat besteht das Hotel im Restaurant "Vorwärts" im Sonnabend eine literarische Abend, bei welchem eine Bühne vorbereitet werden, so daß die öffentliche Jugendveranstaltung im Hotel "Stadt Berlin" kleinen Saal, abschaffen wird. Nun muß es aller Parteigruppen, Sympathisierenden und Jugendgenossen willkommen sein, in dieser Veränderung zu erscheinen. Auf alle Fälle besteht eine indirekte Verhinderung dieser Veranstaltung vorzusehen, um den Wahlkampfserfolgen und Jugendgenossen Haustiere nicht reden zu lassen. Diese Sabotage wird ein Aufsatz sein, die Veranlassung zu einer Massenversammlung werden zu lassen. Die SPD-Clique fürchtet die Wiederholung des Auftakts, wie sie die objektiven Aesthetiken Vogelsangs dazu bewußt, in den Ehrenwall, der festmauerlich um Sowjetrußland gebaut wird, niederschreiten.

Wahltag Neugersdorf! Infolge der öffentlichen Zusammensetzung bestätigte Dienstag den 9. Februar, abends 7 Uhr ist eine Veränderung des Programms eingetreten. Von jetzt einem Monat besteht das Hotel im Restaurant "Vorwärts" im Sonnabend eine literarische Abend, bei welchem eine Bühne vorbereitet werden, so daß die öffentliche Jugendveranstaltung im Hotel "Stadt Berlin" kleinen Saal, abschaffen wird. Nun muß es aller Parteigruppen, Sympathisierenden und Jugendgenossen willkommen sein, in dieser Veränderung zu erscheinen. Auf alle Fälle besteht eine indirekte Verhinderung dieser Veranstaltung vorzusehen, um den Wahlkampfserfolgen und Jugendgenossen Haustiere nicht reden zu lassen. Diese Sabotage wird ein Aufsatz sein, die Veranlassung zu einer Massenversammlung werden zu lassen. Die SPD-Clique fürchtet die Wiederholung des Auftakts, wie sie die objektiven Aesthetiken Vogelsangs dazu bewußt, in den Ehrenwall, der festmauerlich um Sowjetrußland gebaut wird, niederschreiten.

aus Sachsen

Cohnaußdorf. Weihnachtsschule. Sonntag, den 28. März, vormittags 10 Uhr findet in der neuerrichteten Turnhalle in Cohnaußdorf eine Jugendweihe für die schullosen Jugend der Orte Cohnaußdorf, Hainsberg und Sonnaburg statt. Die Jugendweihe wird den in den Vorjahren in Charlotten und Wörde gleichzeitig. Den Eltern und Freunden, deren Kinder älter 1926 die Schule verlassen, wird auch in diesem Jahre die Wunsch erfüllt, daß ihre Kinder an der Fortbildung teilnehmen können. Anmeldungen haben bis 15. Februar dieses Jahres zu erfolgen bei Paul Klemann, Cohnaußdorf, Hauptstraße 22, pkr.; Heinrich Liebert, Cohnaußdorf, Klemmstraße 10; Theodor Bentz, Hainsberg, Dresden-Straße 33; Arno Klemm, Sonnaburg 72. Die Schulabschließen, welche an die Jugendweihe teilnehmen wollen, werden zu einem bestimmten Tage, welcher noch bekanntgegeben wird, nach der Schule in Cohnaußdorf eilen.

Wilsdruff. (Wem ein Verhandlungsergebnis?) Die Wahlergebnisse: Vorsteher: Bürgers, Ernst, Stellvertret.: Gen. Wettig; als Schriftführer: Sand, SPD; als Stellvertret. Radeburg. Berichte der Ausschüsse. Die Rechnungs- und Dienstvordrucke des Schulsanitätsgerichts Radeburg werden genehmigt. Zur Wahrerklärung Oberpolitisches, des Sorgenkindes der Gemeinde, ist unverzüglich, daß die Anfrage, die 15. Februar in 24 Stunden befehl, für Haushaltungen ausreichen soll. Aus dem Bericht des Verwaltungsausschusses ist zu ersehen, daß bürgerliche Ansprüche, vor dem Landtag, gegen die geplante Einführung mit dem Verband Sachsen einstimmen. Nach Beschluss des B. B. B. Goldene Höhe hat Gemeindeordnung häufig vom Wohlwollen befreit. Es natürlich für unter Gemeindeordnung infolge der Untersuchungslinie der Sparjagden durchführbar. Für die Schultinderförderung ist eine Feste von 28 Tagen vorgesehen. Kinder der Erwerbslosen sind frei, kost 20 Pf. Der vom Hausbesitzerverein ohne Begründung etablierte Antrag auf Nullierung der Schulentlast wird abgelehnt. Zur Aufstockung der Schule wird abgelehnt. Zur Aufstockung der Schule wird abgelehnt. Hieraus „sozialistische“ Sichtung.

Baumsdorf. Die Gruppe der KPD veranlaßte am 31. Januar nach 2 Uhr in Deinhos' Gasthof eine öffentliche Einwohnerversammlung mit der Tagesordnung: Wirtschaftskrisen und Fürsorgeabteilung, als 2. Punkt den Mietzinsenabstand und weiterem Ort. Der Bezug der Versammlung zeigt, daß auch hier das Vertrauen der Einwohner zur kommunalen Bewegung wächst; über 100 Einwohner und eine Abteilung KPD-Anhänger sind in Städte von 40 Mann, nebst einigen Freuen von Treiberg, angetreten. Zur Bekanntmachung. Vor Beginn der Versammlung verfaßte Kortzotti im Ort Zeitungen und Literatur, die gegen Adenauer zu laufen. In Punkt 2 referierte der Genoss. Laube, Dresden; eine Diskussion wurde nicht gewünscht, alle Anwesenden, auch die zwei Bürgerlichen Gemeindevertreter, nehmen eine Einsichtnahme an, die inhaltlich nur und ganz im Sinne des eingedrungenen Wohlwollens ausprägt. Unter Punkt 2 erläuterte der Einwohner, daß in dieser Frage die anwesenden sozialdemokratischen Gemeindevertreter ihre Haltung dem Bürgermeister gegenüber klar offen zum Ausdruck bringen könnten. Der sozialdemokratische Gemeindevertreter Kortzotti erläuterte, daß der Ort Baumsdorf weit mehr Mietzinsenabstand hätte aufzutragen, als die umliegenden Ortschaften; daß an diesen Zuständen habe der Bürgermeister, der es zunächst gar nicht für nötig befunden hätte, einen Steuerantrag stellen lassen, auch und die Einwohner heute noch nicht im Falle eines Aufwurms steuerbelastet; erst auf malerisches Vorstelligen auf der Umstädteinnahme hat der Bürgermeister aufgefordert, einen Steuerantrag machen zu wollen, denn es könnte der Fall sein, daß noch höheren Steuern von dem einzelnen geleistet werden müßten. Seitens der sozialdemokratischen Gemeindevertreter ist in der Zwischenzeit ein Mietzinsantrag gegen den Bürgermeister eingereicht worden, der dann in der Danteluntertan gegen die Stimmen der bürgerlichen Gemeindevertreter abgelehnt wird, da es eine bürgerliche Abschaffung von einer Stimme besteht. Auf Grund der roten Aussichten würden die sozialdemokratischen Gemeindevertreter beantragen, in einer dem einzelfalleneinheimischen Verhältnis die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und die weiteren Schritte, die in unternehmen sind, beschließen zu können. Der sozialdemokratische Gemeindevertreter Kortzotti, daß am nächsten Sonntag, den 7. Februar, nach 2 Uhr, im Deinhos' Gasthof eine Versammlung eingerichtet werde. Die kommunistische Gruppe hat damit, ohne daß sie Gemeindevertreter kennt, diese Missstände aufgezeigt und wird Sorge tragen, daß auch in Baumsdorf in der Zukunft Deutliches vor die Öffentlichkeit gebracht werden wird.

Niederronig. (Ruhlandversammlung) Einen außerordentlich guten Besuch konnte die am 30. Januar 1926 vom Arbeitsrat der Chemischen Fabrik Hoffmannsma. Die Wahrheit über das politische Leben in Ruhland aufzuzeigen. Auch einige etablierte Niederroniger, vorgelesen vom Freigemeinschaftsverein "Freie Sänger", Wachau, der sich in amerikanischer Weise zur Verfügung gestellt hatte, nahm der Ruhlanddelegation

gute Begrüßung (SPD) des Mori. Es wies auch darauf hin, daß die Ruhlanddelegation aus dem Willen der Arbeitnehmer heraus, die Wahrheit über das proletarische Ruhland zu tönen, entstanden sei. Die Oberschwiegerei machte jedoch trotz aller Schwierigkeiten, die während der Versammlung gemacht wurden, die Delegation zu bestimmen und sie aus dem Land zu entfernen.

Arbeiterstimme Nr. 21

Dienstag, den 9. Februar 1926

Die Arbeitnehmerstimme

aus dem Ruhland

Zur Reorganisation der Partei

Grundlage der Parteiorganisation. Ihr Grundsatz ist, die Betriebszelle in der Fabrik, im Büro, im landwirtschaftlichen Betrieb usw., der alle an dieser Stelle arbeitenden Mitglieder angehören müssen. (Paragraph 12 des Statuts der KPD, angenommen auf dem 1. Parteitag)

Diese einfache Tatsache ist bis heute leider noch nicht Generalität aller Genossen. Noch sind nicht alle Schwierigkeiten abhanden. Welche Bedeutung hat dieser Paragraph? In die Parole umgekehrt heißt er, jeder Kommunist ist vollständiges Mitglied der Partei erst dann, wenn er seine Pflichten vor erfüllt zu erfüllen beginnen kann. Wenn ein Genosse vorerst nicht in die Betriebszelle gehört, der Zelle keines Betriebes zugeführt werden.

Neugebildete Betriebszellen werden durch die Stadtteilleitung oder KB-Leitungen bestätigt, falls sie wenigstens drei Leute ausmachen. (Vorher Satz im Paragraph 12 des Statuts) Dieser Satz verpflichtet jedes Mitglied seinerseits an dieser Arbeit teilzunehmen.

Worauf wird diese Arbeit erachtet? Dadurch, daß bisher die Versammlungen der Zellengruppen noch ebenso stattfinden und die Mitglieder ihre Rechte dort ausüben, wo sie praktisch den Hauptteil ihrer Pflichten politische Arbeit in den Betrieben nicht realisieren konnten. So also Selbstschaffungen und Durchführung der Bevölkerung nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Der Sinn des Parteitagsbeschlusses ist aber, Bevölkerung der Rechte dort, wo für jedes Mitglied die Bevölkerung mit Parteizelle besteht. Jedes Mitglied kann deshalb seine Rechte nur in der Versammlung seiner Zelle ausüben. Sie kann keine Freiheiten und trifft Entscheidungen. Ganz selbstverständlich ist, daß mit der Zugehörigkeit zur Betriebszelle auch die Zugehörigkeit zur Zellengruppe entschieden ist. Durch die Mitgliedschaft in der Betriebszelle wird ohne weiteres die Mitgliedschaft in der entsprechenden Zellengruppe erworben, in deren Bereich der Betrieb der Parteizelle liegt. Jedes Mitglied hat deshalb an den Versammlungen der entsprechenden Zellen oder Ortsgruppen teilzunehmen und darf seine Rechte ausüben, wo er arbeitet. Zu diesem Punkt bereits am 11. Januar veröffentlichten Richtlinien wird bestimmt, daß die Zellengruppenversammlungen kontinuierlich, das heißt nach Arbeitsabschluß, stattfinden.

Diese Schwierigkeiten sind fast alle Zellengruppenleistungen unter Anwendung nachgekommen. Soweit noch Zweifel über die Freiheitsmöglichkeit bei einzelnen Zeitungen bestanden, sind diese durch die Präzise und Erfolge schon hundertfach beseitigt. Leider bestehen aber bei einzelnen immer noch Zweifel.

Woraus resultieren diese? Das wichtigste Argument, das die Betriebszelle ins Feld führen, ist, wir haben unsere Abendversammlungen immer so gut besucht gehabt, und wenn wir das jetzt aufheben, so doch unsere ganze Arbeit jützt. Die Genossen übersehen ganz, daß sie durch die Abendversammlungen die Arbeit unserer Betriebszellen, wie der auf Arbeitsortbasis umgestellten Gruppen, völlig in Frage stellen. Die Einleitung unserer Mitglieder von unzähligen Sitzungen, die Überzeugungsmöglichkeit ist nichts mehr. Das ist die Möglichkeit nur in der Zelle und im weiteren auch die Zellengruppe des Arbeitsortes, in dessen Mitgliedschaften zusammengehörigen Zusammenhang mit der Partei. Das ist das zweite Argument. Wieviel das bei Zell sein soll, heißt zweiter Brücke ins Feld geführt, die einer näheren Prüfung nicht standhalten. Einmal sagen sie, die Delegierten, welche für die Strophenzelle abgleichen, abtreten nicht selbständig. Das ist doch aus der Beweis dafür, daß man ihnen eher die bestmögliche Arbeit noch nicht zugewiesen und damit zur Selbständigkeit verschaffen hat. Neuerlich, wo wir praktisch erarbeitete Betriebszellen besitzen, beweisen diese, daß ihr Arbeitsschiff präsentiert. Darauf weiß jedes einzelne Mitglied, daß es auf seine Arbeit ankommt. Zeigten bis jetzt die Delegierten die Arbeit, so wie sie jetzt von den einzelnen Mitgliedern geleistet. Eine hohe Arbeitsteilung, gute Zusammenarbeit mit den Betriebszellen (Ergebnis), kurz Kombination zur Arbeit, wird recht bald Zellengruppen schaffen, die an Arbeitsfähigkeit die bisher lediglich auf Arbeitsortbasis gestellten Gruppen, um ein

bedeutendes Übertreffen. Es bleibt noch ein anderer Einwand, daß in der, die Mitglieder der Betriebszelle hätten keine Möglichkeit, an der Versammlung nach Arbeitsabschluß teilzunehmen. Das beweist doch nichts anderes, als daß in diesen Betriebszellen eben noch Genossen sind, die irgendwo im Betrieb arbeiten und demzufolge in eine Betriebszelle gehören. Hier auch eingegriffen werden. Auch wenn die Genossen einsam oder zu zweit in einem Betrieb arbeiten gehören sie in die Zellengruppe ihres Arbeitsortes. Sie müssen eben dazu der nächsten Betriebszelle mit gleicher Arbeitszeit und möglichst gleicher Produktionsweise angegliedert werden. Solange, bis es möglich ist, eine eigene Zelle zu schaffen. Sowohl das nicht möglich ist, können auch Sammel- oder Armeezellen in Frage kommen.

Es ist übrigens eine der ersten Pflichten einer Zellengruppenleitung, ständig daraus bedacht zu sein, diejenigen Mitglieder, die irgendwo im Betrieb arbeiten, aus dem Boden nach dem Arbeitsort zu bringen.

Was dies von vornherein verhindert, und das ist Bedenken, um auch das letzte Mitglied möglichst für die Umstellung zu gewinnen, so dürften sehr bald auch die letzten Genossen beteiligt werden. Jedes Mitglied die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben, es an der Bevölkerung innerhalb der Organisation mitnehmen zu lassen, das ist jetzt möglich, wenn jedes Mitglied durch seine Zelle täglichen Anteil an der politischen Arbeit nehmen kann. Unnötige Sitzungen und Versammlungen in Westfalen zu bringen, das ist der Zweck der Richtlinien. Die KPD hat deshalb alle Stadtbezirksleitung ausgelöst. Die Zellengruppen vertragen direkt mit der KPD. Notwendig dazu ist, daß auch jede Zellengruppenleitung die enge Verbindung mit der KPD herstellt. Wenn das heute noch nicht so ausgebaut ist, wie das wünschenswert wäre, so müssen die nächsten Tage dazu ausgenutzt werden, um das zu schaffen. An Stelle der Informations- und Funktionserklärungen im Stadtgebiet die bis zum Januar dieses Jahres neben den in der Zellengruppe stattfindenden, treten die Zellengruppenkonferenzen für Groß-Düsseldorf.

"Was wollen und können wir damit erreichen?" Darüber im nächsten Artikel. O. G.

Vorbereitung zur Erweiterten Exekutivsituation

Moskau, 8. Februar (Dopfoto). Ende Januar haben Sitzungen des Präsidiums des EKZS stattgefunden, wo die Vorbereitung der Vorbereitung zur Erweiterten Exekutive, die deutsche Frage und die französische Frage beraten wurden.

Es wurde folgende vorläufige Tagessordnung für die Erweiterte Exekutive angegeben:

1. Bericht des Präsidiums des EKZS und die neuen politischen Aufgaben. (Referent: Stalowzew)
2. Gewerkschaftsfrage. (Referent: Tomski und Polowitsch)
3. Bericht der KB. Englands über die Erfahrungen ihrer Arbeit unter den heutigen Rahmen;
4. Fragen der einzelnen Sektionen;
5. Kontrolle über die Durchführung der früheren Kominternbeschlüsse und Arbeitsplan der Exekutive für die Periode bis zum 6. Weltkongress.

Die Einsetzung folgender Kommissionen wird beschlossen: einer politischen, gewerkschaftlichen, orientalischen, angloamerikanischen, polnischen, tschechoslowakischen, polnischen, transpolnischen, amerikanischen, Handelskammer und einer Kommission zur Vorbereitung des jüngsten Punktes der Tagessordnung. Außerdem wurde das Sekretariat des EKZS beauftragt, eine Kommission zum Studium und zum Einsatz am 1. Mai des Materials zur Frage der Methoden der politischen und organisatorischen Erfüllung der freien Wahlen einzurichten.

Zur deutlichen Frage hat das Präsidium auf Initiative der deutschen Delegation die politische, wirtschaftliche und innerparteiliche Lage in Deutschland eingehend besprochen und mit durch die Delegationen vorgelegten Resolutionen, die eine über die nächsten Aufgaben der KPD und die zweite zum Kampf gegen die Ultrarights, angenommen.

In der Angelegenheit Naglows hat das Präsidium einen Beschuß gefasst, wonach es für mit der Einrichtung des Betriebszentrums vor dem Gericht durch die Internationale Kontrollkommission solidarisiert.

Nach der Behandlung der Frage in der KB. Frankreich hat das Präsidium den Beschuß des 38. der KPD, eine breite

Diskussion in der Parteipresse über die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu eröffnen, gebilligt, aber gleichzeitig die Führung der Diskussion durch die Parteimitglieder in solchen Organen, die keine Parteorgane sind und die einen direkten Kampf gegen die Partei führen, für ungültig befunden. Das Präsidium fordert anstrenglich, daß alle Parteimitglieder, die in der "Revolution Proletarienne" oder in dem "Ballet Comuniste" mitarbeiteten, ihre Mitarbeiter an diesen Richtern feststellen. In der Angelegenheit Sowjetunion, der eine Einigung über keine Wiederaufnahme in die Partei gemacht hat, wurde beschlossen, dieses Urtheil aus folgenden Gründen abzulehnen: 1. Sovjetunion als letzte Versprechen, den Kampf gegen die KPD und die Komintern aufzugeben, nicht gehalten; 2. Nach seiner Aussicht noch Nazis bildete er innerhalb der Partei gemeinsam mit den roten Elementen eine Front; 3. Zuerst in der "Revolution Proletarienne", später im "Ballet Comuniste" betrieb er eine unmündige konterrevolutionäre und antikommunistische Kampagne gegen die Partei und die Führung der Komintern. Das Präsidium fordert alle Parteimitglieder, die Sowjetunion direkt oder indirekt unterstützen, auf, jede Verbindung mit ihm abzubrechen.

Das Präsidium bestätigte folgende Zusammensetzung der Redaktion der "Kommunistischen Internationale": Einwojew, Bucharin, Manuilski, Pepper, Kon und Martjanow.

75 000 Bergbau-Unfälle

Ein Artikel im bürgerlichen "8-Uhr-Abendblatt" berechnet die Zahl der Unfälle, die allein der Steinkohlenbergbau in Rheinland-Westfalen unter Tage im Jahre 1927 gekostet hat, auf 75 000, wovon rund 1000 tödlich verlaufen sind. Diese Ziffer bedeutet gegenüber dem Jahre 1923/24 eine erhebliche Steigerung der Betriebsunfälle.

Die erschütternde Zahl der bergbaulichen Unfälle ist die Folge des Ausbeutungs- und Beschlebens, dem die Bergarbeiter in immer steigendem Maße ausgesetzt wurden. Von kommt uns nicht mit Redensarten wie "Aufat", "Kaukasuskopfen", "Schädel" usw. Nur eine Arbeiterschaft, die gut ernährt und nicht übermüdet ist, kann anfangen kein den Geist, die den Kern des Bergbaus mit sich bringt, zu begegnen.

kleine politische Mitteilungen

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist für heute vorzeitig zur Vorbereitung der Maholini-Debatte einberufen worden.

Aus Berlin wird gemeldet, daß der Reichsvorstand amtierender Haselnde erkannt hat und einen mehrwöchigen Urlaub anstrebt.

Der Generalsekretär für Reparationszahlungen Walter Gobert ist wieder in Paris eingetroffen. Er erklärte, daß Deutschland keine Zahlungen mit größter Mühseligkeit geleistet habe und daß auch die nächsten Zahlungen glatt durchgeführt werden.

Die Sowjetregierung will die Aufführung über die Errichtung der Sowjetmilitärs seitens der terroristischen Regierung, die die Einsetzung des Kommandanten bestimmt, prüfen und verlangt eine Unterbrechung des Vorlasses zur Aufstellung der politischen Freiheiten.

Wie die Icetion aus Moskau berichtet, hat der Generalagent der Reederei Petros 20 Millionen Kabel für Auslandsziele erhalten. Dafür sollen in Deutschland, Österreich und Südgallien Textilien und Maschinen, in Deutschland besonders Eisenbahnmaschinen und Automobile gekauft werden. Die Räte erfüllten durch die Handelsvertretungen.

Wie aus Stockholm berichtet wird, beträgt gegenwärtig in Norwegen hohe Kälte. Das Thermometer zeigt 60 Grad minus Celsius.

Wie aus Alappu gemeldet wird, befinden sich am vorjährigen Grenze erdrückende Zustände in schwerem Schießen mit französischen Artillerien.

Aus London wird berichtet, daß der englische Außenhandel für 1927 auf 70 Millionen Pfund erhöht hat. Der Betrag soll bis zum Jahre 1927 auf 75 Millionen Pfund erhöht werden.

Gestern erklärte Chamberlain im Unterhaus, daß die Sowjetunion auf die Einladung zur weiterführenden Abstimmung verzichten noch nicht amtlich geantwortet habe.

Über den Berg von Veldeben herüberpringen kann — beim Rückzug niedergeholt wird.

Aber die Gestalten waren so idyllisch, die Reiterkäfer legten sich so eng um die übergezogene Hölle, die Waffen der Väter und Großväter blieben so mutig in der Sonne, und die prächtigen Steppenwerde schütteten so feßhaft ihre Röte, daß sie laut ausriefen:

"Wir nehmen die Brücke, Genosse Koitschuk!"

Das gedekt aufgestellte Geschütz begann, Feuerabzüge und Berge mit gewaltigem, wachsendem Echo zu schüren, jeden Punkt hinter der Brücke zu beschließen, wo die feindlichen Maschinengewehre aufgestellt waren, während die Kommerzien, sich die Zellmühlen zuretzuschaffen, schwiegend, lauflos hinter der Wegbiegung herunterprangen und in geisterter Kavallerie zur Brücke und über die Brücke jagten. Die gruseligen Maschinengewehrlinien dackten sich unter den aufzuhaltenden Schrapnellmöbeln, das wilde Dröhnen in den Bergen beläudete sie ... Auf eine solche Tollkühnheit nicht getaigt, griffen sie zu spät zu den Maschinengewehren. Ein Pferd fiel, ein zweites, ein drittes, aber die Masse der Brücke war schon erreicht, dann das Ende der Brücke — jetzt fiel der leichste, der lege Schuß des Geschützes — und die Feinde ergreiften die Flucht.

Hurraaa! Es begann ein Gemetzel.

Die gruseligen Truppenrieche, die unweit der Brücke aufgestellt waren, ergriessen ebenfalls die Flucht und verwandten. Zene aber, die unmittelbar an der Brücke standen und denen der Rückzug jetzt abgeschnitten war, stürzten zum Sterben. Aber die gruseligen Offiziere waren ihnen schon vorausgepeilt, sie sprangen in die Boote und ruderten auf die Dampfer zu. Dichte Rauchwolken stiegen aus den Schornsteinen auf — die Dampfer entfernen sich.

Bis zu den Kufen und Hüften im Wasser liegend, trakteten die gruseligen Soldaten die Arme nach den Dampfern aus und schrien, verzweifelt, beschworen sie bei dem Leben ihrer Kinder — von hinten aber hauften Säbelhiebe auf sie nieder und blutige Laben, schwammen auf dem Wasser.

Immer kleiner wurden die Dampfer, als winzige schwarze Punkte verschwanden sie am Horizont, und am Ufer gab es niemand mehr, der leben und versuchen konnte.

(Fortsetzung folgt.)

Der eiserne Strom

Roman aus der russischen Revolution 1917.

Von N. Gerasimowitsch.

(30. Fortsetzung.)

Weibex, Mädchen, Kinder — alle streben in den Wald. Jährend, weinend, die Nadeln stechen, die Lianen winden sich um die Glieder — es gibt kein Vorrücken noch Rückwärts mehr — aber mit dem Hunger ist nicht zu spüren.

Juwelen schieben sich die Berge zurück, die Abhänge werden weniger steil und kleine Maiselde mit winzigen Blättern werden sichtbar. Im Nu sind die Felder mit Menschen wie mit Heuschrecken bedeckt, sie brechen die Lianen, lösen die feuchten Körner durch Zerreißer aus den Hülsen und fauen lange und gierig an ihnen.

Mütter laufen ebenfalls, aber sie verschwinden sie nicht, sondern rütteln damit ihre Kinder.

Und weit vorn erkennen wieder Schüsse, knattert wieder ein Maschinengewehr — aber niemand drückt es mehr. Das Grammophon antwortet: „Ich glaub' nicht mehr den Tod.“ Im Felde klängt Lachen, von allen Seiten den letzten Soldatenlieder. Die Flüchtlinge vermischen sich mit den letzten Infanterieabteilungen, und alles zusammen zieht von mächtigen Staubwolken umgeben, rubelos auf den Charakter.

Zum ersten Male haben Feinde, und zwar neue Feinde, den Weg verlegt.

Warum? Was wollen sie? Koitschuk sieht es ein — es ist wie eine Monstrolle, welche die Berge — rechts — das Meer, und zwischen ihnen eine schmale Chaussee. Die Chaussee führt über einen steinernen Wehrgraben, dessen Ufer eine Brücke nach Art der Eisenbahnböschungen verbindet: man kommt um diesen Punkt nicht herum. Und auf der anderen Seite der Brücke befinden sich die Maschinengewehre und Geschütze aufgestellt. In dem steinernen Korbe der Brückenkonstruktion kann man Schlittenfetten nicht aufrollen — es ist nicht so wie in den Städten.

Man reicht ihm einen Befehl von Smolotow, der darüber belehrt, wie man den Feind angreifen müsse.

Dienstag, den 9. Februar 1921

Arbeiter-Sport

Die Bundesmeisterschaften im Winter-Sport

Aus 20. und 21. Februar sollen in Oberwiesenthal im Erzgebirge zum erstenmal die Bundesmeisterschaften im Wintersport ausgetragen werden. Alle Vereinigungen sind gebeten, den Wintersportler und Freunden einer gehenden Leidenschaft einige gemütliche und lebhafte Stunden zu bereiten. Das Programm ist wie folgt umrissen geplant:

Sonnabend den 20. Februar. 9 Uhr vorm. 12 Km. Langlauf, 9.30 Uhr vorm. zusammengelegter Lauf (10 Km.), 2 Uhr nachm. 8 Km. Hindernislauf (Felsberg, Trichtelbach), 3 Uhr nachm. Springen (zusammengesetzter Lauf).

Sonntag den 21. Februar. 8.30 Uhr vorm. 20 Km. Langlauf, 9 Uhr vorm. 10 Km. Mannschaftslauf, 9.30 Uhr vorm. 10 Km. Jugendlauf, 10 Uhr vorm. 6 Km. Jugendlauf, 10.30 Uhr vorm. 6 Km. Sportvereinlauf, 11 Uhr vorm. 4 Km. Jugendstaffel (4 Männer), 11 Uhr vorm. 4 Km. Langlauf für Schüler, 1 Uhr nachm. 2000 Meter Rodeln, Skifahren und Spazierlaufen, 2.30 Uhr nachm. Hauptrunden (Schneeballengrenzlauf), 4 Uhr nachm. Jugendspringen.

Wettkampf für die Meisterschaft ist der 10. Februar. Die Melbungen müssen enthalten: Name, Wohnung und Wettkampffort, Jahnhauer und Wettkämpfer, die Quoten benötigen (1 bis 2 Pl. pro Lauf), müssen dies bei der Melbung mit angeben. Die Wettkämpfer erhalten zum Teil Freiquotienten. Die Wettkampfsummlungen sind an den Arbeiter-Turn- und Sportbund, Mannheim Wintersport, zu leisten. Das Startgeld beträgt 50 Pf. und ist mit der Melbung einzuzahlen. Die Wettkämpfer erhalten dafür ein Tafelabzeichen.

Quartiermeldungen an: Genossen Richter, Oberwiesenthal, Reichsstraße. Bei der Quartiermeldung ist anzugeben, wievielste Räume Quartier gewünscht wird. Der Beitragsbetrag beträgt 10 Pf. für die Wettkämpfe. Die Abgabestellen sind von den Vereinen vorher gegen Einladung des Kreisbeitrages vom Bund zu bezeichnen.

Am Sonnabend den 20. Februar findet in den beiden Städten "Karlshof" und "Schwarzer Koch" eine Begleichungsfeier statt.

Bundesgenossinnen und -genossen! Diese erste Bundesversammlung im Wintersport muss einen Maßstab aufzuweisen haben; denn nur dann können wir uns im Wintersport beschreiben. Sorgt dafür, dass recht viele Wettkämpfer antreten und dass die Melbungen rechtzeitig eingingen. Die höchsten Vereine machen an diesen Tagen einen Ausflug nach Oberwiesenthal. Auch andere Spießvereine müssen zahlenmäßig vertreten sein und den Bundesgenossen weit über die Höhen des Ergebnisses hinaus liegen. Bekannte Züge liegen schon am Osterreich und der Tschechoslowakei vor, so dass die Veranstaltung nach internationalen Charakter tritt. Vereine, die zu den Begegnungstagen durch eine tüchtige Vorführung mitwirken wollen, bitten wir, die Art der Aufführung bis 10. Februar an den Bund zu melben.

Nun Genossen, aus Wer! Auf nach Oberwiesenthal!

Arbeiter-Sportler zur Wintersportveranstaltung in Oberwiesenthal eingeladen. Eine sehr gut besuchte Besitzersversammlung der Wintersportler des 1. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund geschlossen einstimmt, die russischen Sportgenossen zu der am 20. und 21. Februar 1921 in Oberwiesenthal am Felsberg stattfindenden Ausstellung der Bundesmeisterschaft einzuladen. Der Bundesvorsitz des Arbeiter-Turn- und Sportbundes ist hierzu verständigt worden. Es sind noch weitere ausländische Sportler, wie die Finnländer, Österreicher usw. daran beteiligt.

Wintersport

Nun dem Kreisgebiet. Die Vereine des 5. Bezirktes (Mittweida und Umgegend) entfalten lebhafte Aktivitätsarbeit. Es gilt die durch die Krise entstandenen Pflichten wieder auszufüllen. Es zwingt aber auch der bevorstehende Beginn der Serie dazu, und nicht zuletzt soll der gute Ruf des Bezirktes, der durch den Erfolg der Kreismeisterschaftswette ins Beste geriet, wieder gefestigt werden. Jeden Mittwoch wird verfügt, jenseit wieder über eine Sammertagssitzung. Rosenau-Döbeln scheint die Niedergabe gegen Halle Augkofen noch nicht ganz überwunden zu haben. Der Kampfgeist der Mannschaft hat ergänzt. Alles die Ausbreitung des Arbeitersports im 5. Bezirk ist Beweis, dass an vielen Orten die bürgerlichen Vereine an Arbeiterschaft überfordert sind. Ganz besonders auch in Gera und Weida. Hatten dort die Bürgerlichen erst zwei Mannschaften und die Arbeitersportler nur zwei, so ist das Verhältnis jetzt gerade umgedreht. Auch Böhrigen und Döbelner Ballspielland werden je eine Mannschaft mehr stellen als im vergangenen Jahr. — Da der bürgerlichen Bewegung weiter die Mannschaften große Unabhängigkeit aufstiftende Vereine sind jetzt an letzter Stelle zu finden. Fürglich sind innerhalb des Bezirktes ein Wettspiel der Bürgerlichen statt, bei dem es an Kürzeln und Distanzen nicht mangelt. Von 22 Spielern beendeten nur 17 das Spiel. — Die Teilung des Bezirktes wurde wieder den bewohnten Gebieten übertragen. Man rechnet im neuen Jahre mit einem weiteren Aufstieg.

Zugabe. Kamenz 1—Bischöfchen 1—1:4, Gebäude 1—Radebeul 1:4:1, Göttel 1:2:2, Radebeul 1—Burg 1:8:0, Löditz-Kücknitz 1:0:3, Rähnitz 1—Süd 1:2:0, Brand-Erbisdorf

Nachruf.

Zum Montag, den 8. Februar 1921, mittags 12 Uhr verschied unter Mittäkäfer und Paradiesgenosse

Max Richter

im 30. Lebensjahr nach langem, schwerem Leiden im Friedrichsfelder Krankenhaus.

Der Paradies verteidigt in ihm ein eustrophengünstiges Mitglied der alten Garde, dessen Tod eine fühlbare Lücke in ihre Reihen reißt.

Die Beisetzung findet Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 15 Uhr in Cotta statt.

Soziale Beilegung von "Roter Front" und älteren Genossen und Genossen wird erwartet.

R.P.D. Striesen

Bereiniger Turn- und Sportverein Pößendorf-Wilmendorf

Großer Theaterabend

2. Aufführung, Sonntag 14. Februar, im Gallois Pößendorf

Der Jäger aus der Pfalz

eine wilde Komödie in 3 Aktagen von Hermann Oberthür. Ausführende: Schauspieler, Tänzerinnen und Kinder des Vereins unter Leitung des Direktors Oskar Leutgeb. Herr Obermeister Kurt Blümner. Bühnenbild: Bruno Wiegmann, Dresden.

Nach dem Theater: Ball, Musi von der gesamten Kapelle

Programm u. Eintritt 1.00 M., Schauspiel 0.60 M. (Stände legitimiert)

Eintritt 1.40 M., Ausgabe 1.00 M., Eintritt 1.70 M., Eintritt 2.00 M.

Um jedenzeit erschließen kann die Bühne

Seite 6
Vorstand 1—Neukirch 1:1:4, Göttel 2—Göttel 2:1:2, Göthebau 2—Sportfreunde 0:0 2:0:2, Bischöfchen 2—Burg 2:0:1.

Aussortierte Resultate

Bezirk Leipzig. Normativ Süd—Viktoria 12:2:4, Wittig 9:—Vindheim 2:5, Sachsen-Gotha—Plönitz 1:2:2, Groß-Johannes 2:2, Leuba 2:0, Pegeu—Gera-Borsig 2:1, 3:1, Wurzen—Teplitz 2:2, Deich-Amateure 0:1, Wehlen—Weil 0:0 1:1, Bremenn 2:2, Viktoria Wurzen 2:1, Neber-Höchstädt—Klein-Johannes 4:1, Bremenn 2:2, Görlitz—Plötz 3:0, Gorlitz—Görlitz 4:1, Bremenn—Eins 4:0, Görlitz—Plötz 3:0, Riesenburg—Rapitz 2:3, Eichenreuth—Burgstädt—Sportfreunde Glashütte 4:3.

Bezirk Chemnitz. Concordia—Neukirch 4:1, Sachsen—Wacker 4:0, Görlitz—Plötz 3:0, Gorlitz—Görlitz 4:1, Bremenn—Eins 4:0, Görlitz—Plötz 3:0, Riesenburg—Rapitz 2:3, Eichenreuth—Burgstädt—Sportfreunde Glashütte 4:3.

Bezirk Chemnitz und Sportbund. 4. Kreis, 2. Bezirk.

Spielstätten: Handball: Grünreuth 1. Jgd.—Raben 1. Jgd. 1:0:0, 1:0:0.

Dienstag, 11. Februar, im Volkshaus: Sitzung der Vorstandskommission für Turnspiele. Jeder Bezirk hat zwei Vertreter zu entsenden.

Freie Turner- und Spielvereinigung Pirna. Minimalkonvent 10. Februar, abends 7.30 Uhr im Volkshaus Pirna Gelände 100. Konstituierung.

Verein für vollständigen Wintersport. Postabteilung, Freitag, 12. Februar, 7.30 Uhr im Volkshaus: Bunter Abend. Gäste willkommen.

Ramspor. Wer nach des Tages Rücken hat Vorb und kann später zu plötzlich gedenkt, dem kann unter Beihilfe zur Organisation auf genügendstarkem Wege geholfen werden. Unter billiger Verordnung wird die Herstellung eines Bootes gewährleistet. Als Unterbringung der Boot ist gelöst und ein eigenes Bootshaus hergestellt worden. Interessenten erhalten Auskunft vom Wintersportverein Bischöfchen. Versammlung jeden Freitag 8 Uhr im Restaurant "Zum Böck". Verbotene Straße.

Arbeiter-Samariterkolonne Dresden. Mittwoch, 10. Februar, 7 Uhr im alten Stadtverordnetenamt, Landeskasse 7. Vorlesung über Rechte und Pflichten der Samariter nach dem blutigen Ereignis und Streitgespräch. Herr Referent Kurt Ehret.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Pirna. Mittwoch, den 17. Februar, abends 7.30 Uhr beginnt in der Schule zu Lauta ein neuer Kursus über "Erste Hilfe bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen unter Leitung des Herrn Dr. med. Loth. Kutschera. Interessenten wollen sich in den Anfall-Meldestellen melden. Kursus kostet 0.50 Mark für Schmuck.

Gauingen. Die Ortsgruppe Gauingen des Arbeiterschaftsbundes "Solidarität" erlaubt ihr Gewerkschafts- und Sportvereine, sowie Freunde und Söhne der freien Arbeiterschaft, bewegung in dem am Sonnabend, den 13. Februar, abends 7 Uhr im "Bürgergarten" stattfindenden 24. Stiftungsfest berichtlich einzutreten. Am Mittwoch des Programms steht der Kuntmeisterschaftsrat der Gen. Engesberger-Halle mit seiner 10jährigen Tochter und seinen 7 und 9 Jahren alten Söhnen. Die vier zahlenden Teufel, das drei Meter hohe Eisentab, sowie jährlinge Leistungen auf Zweis- und Einradrennen fordern volle Kreativität, Geschicklichkeit und Gewandheit. Nicht unbedacht ist die junge Künstlerin, welche bei jedem Auftreten mit eindrucksvollen Beifall erntet. Neben den Damen- und herren-Ringen werden die Bezirksmeister von Büchern und Beurteiler von Großen-Hallen einen Ballaltschaftswettbewerb ausrichten. Ein gewöhnlicher Ball bildet den Abschluss des Vergnügens. Programm: Bürgerfest, Volksabhandlung, Gewerkschaftsfest, Klosterhöfe und Buchhandlung von Schucker, Karlsmarkt.

Das "Glücksmöbel" in Bonnweitz. Ein Arbeiter schreibt uns: Ich do in unserem Ort ein Arbeiter-Schlangenbund, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, der in seinen Reihen eine Anzahl Proleten hat, die sich nicht allein dem edlen Schlangen, sondern auch der dramatischen Kunst widmen. Und das mit einer solchen Singkreis wie Sache, das dabei sehr gute Leistungen erzielen. Wenn aber nun Proletarier dramatische Kunst mitmachen, so müsse doch auch das Milieu des Arbeiters nicht in Betracht gezogen werden. Der am 23. und 24. Januar stattfindende Operettenabend "Das Glücksmöbel" trägt aber nicht dazu bei, denn proletarischen Empfinden Rechnung zu tragen. Der Aufbau der Operette bewegt sich auf der Linie einer Marziti, spielt in den Kreisen des feudalen Adels und des hohen Bürgertums. Liebe Sangesbrüder und -Schwestern, wollt ihr denn immer und immer eure Kraft an solchem Kram verschwendet, der dem Innernleben der Arbeiterschaft widert? Ihr verhöhnt damit unbehagliche Arbeiterschaft und Arbeitnehmer, die euch kommen. Wendet euch doch mal jenen Dichtern zu, die die Welt und den Weg des Proletariers zeichnen und ihren dramatischen Stoff auf wirtschaftliches und wahren Geschehen führen. Als solchen Dichtern fehlt es nicht. Alte Sangesgenossen und -Genossen, vertretet euch mit eurer Kunst nicht in bürgerliche Ideologien, sondern stellt euer künstlerisches Können in den Dienst der Arbeiterklasse. Der Dank der Arbeiter und Arbeitnehmer kann Bonnweitz wiede euch gewiss sein.

Das "Glücksmöbel" in Bonnweitz. Ein Arbeiter schreibt uns: Ich do in unserem Ort ein Arbeiter-Schlangenbund, Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, der in seinen Reihen eine Anzahl Proleten hat, die sich nicht allein dem edlen Schlangen, sondern auch der dramatischen Kunst widmen. Und das mit einer solchen Singkreis wie Sache, das dabei sehr gute Leistungen erzielen.

Arbeitsgruppe Meißen. Mittwoch, 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Neugersdorf. Sonnabend den 13. Februar, abends 7 Uhr, im "Ruhbaum" wichtige Mitgliederversammlung.

Arbeitsgruppe Freital. Dienstag, den 8. Februar: 12. Mitgliederversammlung im Schenker, "Stadt Freital". Erfolgreiches Ende.

Arbeitsgruppe Meißen. Mittwoch, 10. Februar, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Funktionärsfahrt. Alle Betriebsleiter und Gewerkschaftsfunktionäre, Gewerkschaftsfunktionär, Kehlereibücher und Bierbrauer nicht vergessen.

Arbeitsgruppe Neugersdorf. Sonnabend den 13. Februar, abends 7 Uhr im "Ruhbaum" wichtige Mitgliederversammlung.

Arbeitsgruppe Schöneck. Mittwoch, 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, findet die Gruppenabend in Müllers Restaurant, Oppelnstr. 18. Bei Tagesordnung lautet: "Weimarer Verfassung". Referent ist Parteigenosse. Alle haben Jugend-in-Noi-Marken abzugeben. Gäste sind willkommen.

Arbeitsgruppe Radeberg. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr: Leistungskontrolle bei Rom. O. Kochau, Stolper Straße 25.

Arbeitsgruppe Bautzen. Mittwoch, den 10. Februar, findet die Kameradschaftsversammlung. Freiheit, Friede, Freundschaft und Kameraderie nicht verlassen.

Arbeitsgruppe Neugersdorf. Sonnabend den 13. Februar, abends 7 Uhr, im "Ruhbaum" wichtige Mitgliederversammlung.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Hauptversammlung in Leipzig.

Arbeitsgruppe Friedensstadt. Mittwoch, den 10. Februar, abends 7 Uhr in der "Schäferhütte": Monatsversammlung. Fortsetzung des Januar-Vortrags und Bericht über die Haupt